

Fragen

für die Fragestunde der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Februar 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	32, 52	Kuban, Tilman (CDU/CSU)	42
Auernhammer, Artur (CDU/CSU)	22, 23	Lay, Caren (DIE LINKE.)	39, 40
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 50	Oellers, Wilfried (CDU/CSU)	6, 7
Brandner, Stephan (AfD)	1, 33	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	9, 18
Breher, Silvia (CDU/CSU)	25, 26	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	34, 35
Bröhr, Marlon, Dr. (CDU/CSU)	17	Renner, Martina (DIE LINKE.)	45, 46
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	51, 56	Röwekamp, Thomas (CDU/CSU)	14
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	16, 55	Schmidt, Eugen (AfD)	43
Espendiller, Michael, Dr. (AfD)	48, 49	Schwarz, Armin (CDU/CSU)	15
Görke, Christian (DIE LINKE.)	8, 41	Seidler, Stefan (fraktionslos)	38
Grübel, Markus (CDU/CSU)	11	Stegemann, Albert (CDU/CSU)	19, 20
Güler, Serap (CDU/CSU)	13	Storch, Beatrix von (AfD)	2, 3
Helferich, Matthias (fraktionslos)	47	Stracke, Stephan (CDU/CSU)	4
Huber, Johannes (fraktionslos)	5, 54	Stumpp, Christina (CDU/CSU)	24
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	36, 53	Tebroke, Hermann-Josef, Dr. (CDU/CSU)	28, 29
Janssen, Anne (CDU/CSU)	30, 31	Vierегge, Kerstin (CDU/CSU)	12
Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	10, 44	Vogt, Oliver, Dr. (CDU/CSU)	21
		Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	27

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Auf welche Summe belaufen sich die Kosten, die aus dem Haushalt der Bundesregierung im Bereich Arbeit und Soziales seit dem Jahr 2015 für die Qualifizierung von Flüchtlingen für den Arbeitsmarkt investiert wurden?

2. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD) Wie positioniert sich der Bundesminister für Arbeit und Soziales zu den Aussagen des Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit Detlef Scheele, dass im Falle der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht Arbeitgeber einen Bewerber ablehnen könnten, weil dieser nicht geimpft oder genesen ist, und ein nicht geimpfter Arbeitnehmer für eine bestimmte Frist kein Arbeitslosengeld erhalten soll (www.welt.de/politik/deutschland/article236568843/Fuer-Ungeimpfte-koennte-das-Arbeitslosengeld-wegfallen.html)?

3. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD) Wie hoch darf nach Ansicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales im Falle der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ein Ordnungsgeld angesetzt werden, ohne dass Arbeitslose durch dieses Ordnungsgeld in existentielle Not geraten und mit Zwangsvollstreckung oder sogar Ordnungshaft rechnen müssen?

4. Abgeordneter
Stephan Stracke
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung geprüft, welche arbeitsrechtlichen Folgen, insbesondere bezogen auf den Vergütungsanspruch, eine Freistellung und mögliche Kündigungen sich im Hinblick auf Personen ergeben, die bereits in einer betroffenen Einrichtung oder einem betroffenen Unternehmen nach § 20a Absatz 2 des Infektionsschutzgesetzes tätig sind, wenn der erforderliche Nachweis nicht bis zum Ablauf des 15. März 2022 vorgelegt wird, und wenn ja, mit welchem Ergebnis, und wenn nein, warum nicht?

5. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung den geplanten Gesetzentwurf (<https://amp2.wiwo.de/politik/deutschland/heil-will-erhoehung-noch-2022-12-euro-die-kritik-an-den-mindestlohn-plaenen-wird-lauter/27947928.html>) des Bundesministers für Arbeit und Soziales Hubertus Heil, den gesetzlichen Mindestlohn bereits 2022 auf 12 Euro anzuheben, obwohl die Mindestlohnkommission, bestehend aus Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften, den gesetzlichen Auftrag (§ 9 Absatz 4 Mindestlohngesetzes) besitzt, laufend die Auswirkungen des Mindestlohns auf den Schutz der Arbeitnehmer, auf die Wettbewerbsbedingungen und die Beschäftigung im Zusammenhang mit bestimmten Branchen und Regionen sowie auf die Produktivität zu bewerten und alle zwei Jahre die Anpassung des selbigen zu beschließen (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/mindestlohnkommissionarbeitgeber-erwaegen-klage-gegen-mindestloohnerhoehung/27934656.html?ticket=ST-12031975-wYvDO1ESSQuNgn5FeSVt-ap5)?
6. Abgeordneter
Wilfried Oellers
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung ihr Vorgehen der politischen Festlegung eines Mindestlohns von 12 Euro, das nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie darstellt, und dadurch mehr als 100 Tarifverträge obsolet werden lässt, ohne hierfür eine Übergangsregelung für bestehende Tarifverträge zu planen?
7. Abgeordneter
Wilfried Oellers
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung schon eine konkrete Strategie entwickelt, wie die mit dem Teilhabestärkungsgesetz gesetzlich neu geregelten Ansprechstellen für Arbeitgeber flächendeckend eingerichtet werden sollen?
8. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang wurden nach Kenntnis der Bundesregierung für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 Kurzarbeitergeld sowie Sozialversicherungsbeiträge erstattet (bitte zwischen Kurzarbeitergeld und erstatteten Sozialversicherungsbeiträgen differenzieren), und mit welchem Umfang rechnet die Bundesregierung für die Jahre 2022 und 2023?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

9. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welchen Standpunkt nimmt das Bundesministerium der Verteidigung zur im Raume stehenden und auch durch die Bundesregierung im Wege der Endverbleibklausel zustimmungsbedürftigen Weitergabe von Haubitzen vom Modell D-30 (122 mm) von Estland an die Ukraine ein, und um wie viele Artilleriegeschütze des genannten Typs handelt es sich konkret (vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 29. Januar 2022 <www.rnd.de/politik/ukraine-krise-verteidigungsministerium-arbeitet-an-entscheidung-zu-artillerie-lieferungen-56CLSJMDVEXDRPR34OEBFBHS6Q.html> und n-tv vom 31. Januar 2022, jeweils zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022)?
10. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Kosten sind dem Bund bisher für den Verzicht auf die Erstattung von Auslagen der Bundesbehörden in der SARS-CoV-2-Pandemie für die bei Ländern und Kommunen geleistete Amtshilfe entstanden, und welche Kosten sind noch zu erwarten (www.bmvg.de/de/presse/corona-pandemie-verzicht-amtshilfebedingte-ausgaben-5021986)?
11. Abgeordneter
Markus Grübel
(CDU/CSU)
- Wie und in welcher Weise wird die Expertise des Generalinspektors der Bundeswehr und des militärischen Bereichs in den derzeitigen Überprüfungsprozess (vgl. Weisung von Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof vom 27. Januar 2022/ GesOrg Bw – Az 10-01-00) hinsichtlich der Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Bundeswehr eingebunden?
12. Abgeordnete
Kerstin Vieregge
(CDU/CSU)
- Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich einer möglichen Gesetzesinitiative mit dem Ziel der Anhebung der Altersgrenzen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten (<https://augengradeaus.net/2022/02/finanz-warnbrief-ans-verteidigungsministerium-realistische-planung-bei-langfristigen-ausgaben-soldaten-altersgrenze-steht-zur-disposition/>)?
13. Abgeordnete
Serap Güler
(CDU/CSU)
- Inwiefern würde sich eine mögliche Anhebung der Altersgrenzen für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten auf die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr insgesamt auswirken (<https://augengeradeaus.net/2022/02/finanz-warnbrief-ans-verteidigungsministerium-realistische-planung-bei-langfristigen-ausgaben-soldaten-altersgrenze-steht-zur-disposition/>)?

14. Abgeordneter
Thomas Röwekamp
(CDU/CSU)
- Welche Priorisierung bzw. welche Erwägungen liegen den von der Bundesministerin der Verteidigung in ihrer Rede im Deutschen Bundestag am 14. Januar 2022 und während ihrer Teilnahme an der Sitzung des Verteidigungsausschusses am 26. Januar 2022 angekündigten Beschaffungsentscheidungen im Einzelnen zu Grunde, und welche Rolle spielen dabei militärische Fähigkeitsforderungen und identifizierte Fähigkeitslücken?
15. Abgeordneter
Armin Schwarz
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass im Bundesministerium der Verteidigung eine entsprechende „Vorlage zur Entscheidung“ erstellt wurde, in der vorgeschlagen wurde, die derzeit dem Generalinspekteur der Bundeswehr unterstellten Abteilungen (SE, FüSK, Planung) der Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof zuzuordnen (www.businessinsider.de/politik/deutschland/machtkampf-im-bendlerblock-oberster-soldat-der-bundeswehr-soll-entmachtet-werden-a/)?
16. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung eine Definition für den Begriff „Defensivwaffe“, vor dem Hintergrund, dass eine Unterscheidung zwischen „defensiven“ und „offensiven“ Waffen in Gesetzen, Verordnungen etc. nicht festgelegt ist, sondern lediglich zwischen Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern unterschieden wird (WD 2 – 3000 – 099/19), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse, dass in Kriegen und kriegesischen Auseinandersetzungen zur Abwehr (Panzerabwehr/Flugabwehr u. Ä.) entwickelte Waffen – entweder direkt oder zumindest in Kombination mit anderen Waffen – offensiv eingesetzt werden (www.ardaudiothek.de/episode/im-gespraech/hilfe-im-ukrainekonflikt-was-sind-defensivwaffen/swr-aktuell/96496420/)?
17. Abgeordneter
Dr. Marlon Bröhr
(CDU/CSU)
- Worin liegen die Unterschiede im Einsatz von bewaffneten Drohnen im Vergleich zu anderen Abstands Waffen, wie z. B. see- oder bodengestützten Lenkflugkörpern, gelenkten Bomben und weitreichender Artillerie?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

18. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Auf welche konkreten Informationen betreffend die Zahlen der jährlich tatsächlich wegen Diebstahls zur Anzeige gebrachten und strafrechtlich verfolgten Fälle der Entnahme von Lebensmitteln aus Abfallbehältnissen von Supermärkten sowie damit einhergehende etwaige Verurteilungen begründet der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft seine Forderung nach der Strafflosstellung dieses sogenannten „Containerns“ (vgl. RTL News vom 31. Dezember 2021 und Hessische/Niedersächsische Allgemeine vom 1. Januar 2022 – <www.rtl.de/cms/cem-oezdemir-strafen-fuers-containern-sind-absurd-4892224.html>, jeweils zuletzt abgerufen am 31. Januar 2022)?
19. Abgeordneter
Albert Stegemann
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Einführung einer verbindlichen nationalen Herkunftskennzeichnung in Frankreich, nach der dort ab 1. März 2022 Restaurants und Kantinen die Herkunft des angebotenen Schweine-, Geflügel- und Lammfleisches angeben müssen, und wird die Bundesregierung noch vor der Sommerpause einen vergleichbaren Gesetzentwurf wie in Frankreich vorlegen?
20. Abgeordneter
Albert Stegemann
(CDU/CSU)
- Welche Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben nach Kenntnis der Bundesregierung bisher ihre GAP-Strategiepläne eingereicht, und wann wird die Bundesregierung den GAP-Strategieplan in Brüssel vorlegen, damit die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland Planungssicherheit erhalten?
21. Abgeordneter
Dr. Oliver Vogt
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung auf EU-Ebene aktiv dafür einsetzen, das EU-Gentechnikrecht zu reformieren, so dass neue Züchtungsmethoden wie die CRISPR/Cas-Methode unbürokratisch zugelassen werden können?
22. Abgeordneter
**Artur
Auernhammer**
(CDU/CSU)
- Auf welcher Seite und mit konkret welchen EU-Mitgliedstaaten steht Deutschland in Brüssel aktuell vor dem Hintergrund der Aussage des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir, Deutschland habe in Brüssel die Seite gewechselt (www.topagrar.com/management-und-politik/news/oezdemir-deutschland-hat-in-bruessel-die-seite-gewechselt-12807965.html)?

23. Abgeordneter
Artur Auernhammer
(CDU/CSU) Ist die konventionelle Landwirtschaft aus Sicht der Bundesregierung eine nachhaltige Form der Landbewirtschaftung, oder ist nur der ökologische Landbau nachhaltig, den die Bundesregierung laut Aussagen des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir zu ihrem Leitbild erklärt hat (www.bmel.de/SharedDocs/Pressemittelungen/DE/2022/05-oekolandbau-bekanntmachungen.html)?
24. Abgeordnete
Christina Stumpp
(CDU/CSU) Wie soll aus Sicht der Bundesregierung der Umbau der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung nach den Empfehlungen der Borchert-Kommission finanziert werden, und soll hierzu die Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes auf Fleisch gestrichen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

25. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung eine Verstärkung der Mittel für die Freiwilligendienste, um eine Planungssicherheit für die Freiwilligendienstplätze zu gewährleisten, und wenn ja, welche Mittelansätze sind in der Finanzplanung bis 2024 vorgesehen?
26. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU) Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung über das auf den Weg gebrachte Kompetenznetzwerk Einsamkeit nunmehr auf den Weg zu bringen?
27. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU) Wie bzw. durch welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zu gewährleisten, dass die Mittel der geplanten Kindergrundsicherung letztlich auch unmittelbar bei den Kindern ankommen und nicht in den generellen Haushaltsausgaben der betroffenen Familien aufgehen?
28. Abgeordneter
Dr. Hermann-Josef Tebroke
(CDU/CSU) Ab wann und in welcher Höhe soll die Online-Beratung des Bundesprogramms „Frühe Hilfen“, wie von der Bundesregierung geplant, finanziell hinterlegt werden?

29. Abgeordneter
Dr. Hermann-Josef Tebroke
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine zügige Reform des Unterhaltsvorschusses durch eine künftig nur hälftige Anrechnung des Kindergeldes dazu beitragen kann, Alleinerziehende in der aktuell schwierigen Situation durch die hohe Inflation kurzfristig zu unterstützen, und wenn ja, welche Umsetzungsschritte sind geplant, und wenn nein, warum nicht?
30. Abgeordnete
Anne Janssen
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Fortführung und einen Ausbau der einzelnen Maßnahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“?
31. Abgeordnete
Anne Janssen
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse und Zahlen zur Inanspruchnahme der im Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ geförderten vergünstigten Familien-erholung?
32. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Ende 2020 veröffentlichten Ergebnissen des Afrozensus, der auf Grundlage einer Befragung von 6.000 Schwarzen, afrikanischen und afrodi-
asporischen Menschen in Deutschland deren Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen dokumentiert und Handlungsempfehlungen an die Politik adressiert (vgl. <https://afrozensus.de/report-s/2020/>), und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um auf Bundesebene zur Bekämpfung von Anti-Schwarzem Rassismus und zum Empowerment Schwarzer, afrikanischer und afrodi-
asporischer Menschen beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

33. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Auswirkungen auf die Fachkräftesituation im Gesundheitswesen erwartet die Bundesregierung durch die Einführung der Impfpflicht in § 20a des Infektionsschutzgesetzes, und wie plant die Bundesregierung die Fachkräftenachfrage, die sich durch das Ausscheiden von ungeimpften Mitarbeitern im Pflegebereich ergeben wird, zu decken?

34. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Mit welchen Einschränkungen bzw. zeitlichen Verzögerungen bezüglich des Testergebnisses müssen Reisende infolge der geplanten Regelungen nach dem Entwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Testverordnung vom 3. Februar 2022 rechnen, die (auf eigene Rechnung) für die Einreise in ein ausländisches Zielland einen PCR-Test mit negativem Ergebnis vorweisen müssen?
35. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung zumindest eine entsprechende Länderöffnungsklausel im Infektionsschutzgesetz, um Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht gegen das Coronavirus impfen lassen können und die – vor allem in ländlichen Regionen – nur schwer Zugang zu entsprechenden Teststationen haben, den Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu erleichtern und ihnen somit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, und wenn nein, warum nicht?
36. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung zur Verbesserung der Datengrundlage in Bezug auf die Pandemie-Politik im Gegensatz zur Vorgängerregierung (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 81, Plenarprotokoll 19/226 vom 5. Mai 2021) regelmäßige, bundesweit repräsentative Stichprobentestungen vergleichbar mit dem „COVID-19 Infection Survey“ der britischen Statistikbehörde ONS und der University of Oxford durchführen, um ein gesichertes Bild des Infektionsgeschehens und der in der Bevölkerung vorhandenen Immunität gegen COVID-19 zu erlangen, und wenn nein, warum nicht?
37. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung entsprechend der Resolution von LEAP Deutschland und Jugendrichter Andreas Müller (<https://leap-deutschland.de/resolution-von-leap-deutschland-wir-fordern-die-entkriminalisierung-von-cannabis-in-den-ersten-100-tagen/>), die die Entkriminalisierung von Cannabis in den ersten 100 Tagen fordert, einen Referentenentwurf erarbeiten, der schon vor der umfassenden Entkriminalisierung von Cannabis Volljährigen den Erwerb und Besitz von bis zu 30 g Cannabis erlaubt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

38. Abgeordneter
Stefan Seidler
(fraktionslos)
- Auf welche Zugverbindungen zwischen Dänemark und Deutschland bezog sich Bundeskanzler Olaf Scholz während der Pressekonferenz mit der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen am 9. Februar 2022, an denen gearbeitet werde, die aber auch zu verbessern seien, und wie und in welchem Umfang plant die Bundesregierung, die Zugverbindungen zwischen Dänemark und Deutschland zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

39. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Welche Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Gespräche zum Vorkaufsrecht mit der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz (z. B. Vertreterinnen und Vertreter von Ländern und Kommunen; www.stadtvonmorgen.de/staedtebau/vorkaufrecht-geywitz-will-rechtssicherheit-6597/ oder „Fachleute“; www.sueddeutsche.de/politik/bezahlbare-mieten-staedte-vorkaufsrecht-1.5516045), und was waren die Ergebnisse der Treffen in Hinblick auf die Wiederherstellung des nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Az. 4 C 1.20) praktisch ausgesetzten kommunalen Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

40. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist die Anzahl der durch KfW-Programme für energieeffizienten Neubau und Sanierung geförderten Wohnungen und Häuser (bitte getrennt nach Eigenheimen, Eigentumswohnungen, kommunalen Wohnungen, Genossenschaftswohnungen und Sozialwohnungen aufschlüsseln) innerhalb der letzten fünf Jahre gewesen (bitte für jedes Jahr einzeln angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

41. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Verteilung von Nachzahlungs- und Erstattungszielen gemäß § 233a der Abgabenordnung vor (z. B. Daten und Schätzungen basierend auf Einkommensklassen oder Unternehmensgrößen; bitte nach Steuerart aufschlüsseln und für die Jahre 2008 bis 2021 akkumuliert angeben, soweit die Daten vorliegen)?
42. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Welche inflationsbedingten Steuermehreinnahmen aufgrund der steigenden Preise für Lebensmittel und Energie kalkuliert die Bundesregierung für die Jahre 2022 und 2023?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

43. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Neuauflage bzw. Überarbeitung der nunmehr vier Jahre alten Publikation „Deutsche Minderheiten stellen sich vor“, und wenn nein, warum ggf. nicht (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/nationale-minderheiten/deutsche-minderheiten-stellen-sich-vor.pdf?__blob=publicationFile&v=7)?
44. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele Parlamentarische Staatssekretäre und Staatssekretäre der neuen Bundesregierung waren vor ihrer derzeitigen Verwendung Mitglieder oder Angestellte von im Lobbyregister oder in der öffentlichen Liste beim Bundestag registrierten Verbänden (https://lobbypedia.de/wiki/Seitenwechsler_in_Deutschland_im_%C3%9Cberblick)?
45. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele antisemitische Straftaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beginn der Corona-Pandemie im Zusammenhang mit sogenannten „Corona-Protessen“ bzw. „Querdenken-Demonstrationen“ oder in anderer Weise anlässlich der Corona-Maßnahmen verübt (bitte nach Bundesländern und Anzahl der Tatverdächtigen aufschlüsseln)?

46. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Verbindungen des Attentäters auf dem Uni-Campus in Heidelberg im Januar 2022 zu rechtsextremistischen Organisationen oder Personen vor (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-01/heidelberg-angriff-taeter-neonazi-dritterweg?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F)?
47. Abgeordneter
Matthias Helferich
(fraktionslos)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, innerhalb dieser Legislaturperiode im Rahmen der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten „Rückführungsoffensive“ eine statistische Erfassung von erfolgten Rückführungen von Straftätern ohne deutsche Staatsangehörigkeit und mit Bezug zum Phänomenbereich der Clankriminalität zu implementieren?
48. Abgeordneter
Dr. Michael Ependiller
(AfD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung für letztes Jahr (2021) Kenntnis über Gruppenvergewaltigungen in Deutschland und den Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger dabei (vgl. dpa (311113 Aug 21): 115 Gruppenvergewaltigungen in NRW registriert)?
49. Abgeordneter
Dr. Michael Ependiller
(AfD)
- In welchem Umfang haben die betroffenen Bundesministerien jeweils Ortskräfte und Schutzbefohlene benannt, die unter den insgesamt mehr als 123.000 Menschen waren, die von den USA und ihren Verbündeten aus Afghanistan außer Landes gebracht worden sind (vgl. dpa 1607 (311803 Aug 21): US-Abzug aus Afghanistan beendet – Warten auf neue Taliban-Regierung), und wie viele dieser Menschen konnten nach Deutschland evakuiert werden (vgl. Ministerin: 1.190 Bundeswehr-Ortskräfte aus Afghanistan in Deutschland, in dpa: 081234 Feb 22)?
50. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die neue Bundesregierung vor, ihr Einvernehmen zum Landesaufnahmeprogramm des Landes Berlin nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes für besonders vulnerable Personen in Griechenland zu erklären, wodurch sich die vom Land Berlin gegen die Verweigerung dieses Einvernehmens durch die vorherige Bundesregierung gerichtete Klage (www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.1018899.php) nach meiner Auffassung erledigt hätte?

51. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Welche Bundesländer haben gegenüber dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) bislang um dessen Einvernehmen für Landesaufnahmeprogramme für Afghanistan gebeten (www.weser-kurier.de/bremen/bremer-senat-landesaufnahmeprogramm-fuer-afghanistan-beschlossen-doc7ixo0wlnxlgbw9ddtc), und wird das BMI (zeitnah) sein Einvernehmen erklären vor dem Hintergrund, dass es im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP heißt, die Bundesregierung wolle ihre „Verbündeten“ nicht zurücklassen und jene schützen, die sich in Afghanistan für Demokratie und „gesellschaftliche Weiterentwicklung“ eingesetzt haben, und in Afghanistan und in den Nachbarländern noch Tausende gefährdete Menschen ausharren, die es bislang nicht auf die Evakuierungslisten des Auswärtigen Amts geschafft haben?
52. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie viele IS-Anhänger und IS-Anhängerinnen und Kinder mit Deutschlandbezug befinden sich nach Kenntnissen der Bundesregierung derzeit im Irak und in Syrien in Gefangenschaft oder Gewahrsam (bitte den Deutschlandbezug aufschlüsseln, Staatsangehörigkeit(en) benennen und angeben, ob es sich um Männer, Frauen oder Minderjährige handelt, und benennen, wie viele dieser Personen im Verdacht stehen, an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein), und welche dieser IS-Anhänger und IS-Anhängerinnen und Kinder mit Deutschlandbezug hat die Bundesregierung bereits nach Deutschland zurückgeholt (bitte den Zeitpunkt der Rückholung angeben und benennen, gegen wie viele dieser Personen Ermittlungen bzw. Strafverfahren wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen eröffnet bzw. abgeschlossen wurden)?
53. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Frage, ob die von der EU-Innenkommissarin Ylva Johansson gegenüber dem senegalesischen Verteidigungsminister versprochene Unterstützung durch Frontex auch ein Statusabkommen umfassen sollte, womit die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache uniformiert und bewaffnet im Land oder in dessen Hoheitsgewässern operieren könnte (<https://twitter.com/YlvaJohansson/status/1491780793701736452>), und was ist ihr aus Diskussionen in Ratsarbeitsgruppen darüber bekannt, mit welchen weiteren Ländern der Auswärtige Dienst oder die Kommission über ein solches Abkommen verhandeln könnte?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

54. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Teilt die Bundesregierung die Position der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock, im Falle von Sanktionen gegen Russland sei Deutschland „bereit, dafür einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen“, gegenüber ihrem ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba anlässlich ihres Besuches in Kiew (www.tagesspiegel.de/politik/baerbock-zur-ukraine-krisedeutschland-ist-bereit-einen-hohen-wirtschaftlichen-preis-zuzahlen/28044558.html), und falls ja, weshalb wurde diese im Falle des Ereignisses schwerwiegende Konsequenz nicht dem Deutschen Bundestag zur Behandlung vorgelegt?
55. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, welche privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen mit Sitz in westlichen Staaten (USA, Großbritannien und EU-Mitgliedstaaten) in Krisen- oder Kriegsgebieten (unter anderem in Syrien, Libyen und der Ukraine) aktiv sind (bitte entsprechend den Ländern auflisten), und gegen welche privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen hat Russland Sanktionen, unter anderem Einreiseverbote gegen Personen dieser Unternehmen, verhängt (AFP vom 28. Januar 2022)?
56. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Sind die Bundesregierung und das Bundesministerium des Innern und für Heimat der Auffassung, dass eine Rückkehr nach Afghanistan für alleinstehende gesunde junge Männer zumutbar ist vor dem Hintergrund, dass Asylrechtsanwälte mir berichtet haben, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) diese Position in laufenden Asylgerichtsverfahren vertritt, und wie wird diese Einschätzung ggf. begründet angesichts der Machtübernahme durch die Taliban, einer erneuten Rekord-Dürre (<https://thediplomat.com/2021/12/afghanistan-shrivels-in-worst-drought-in-decades>) sowie der Tatsache, dass Hilfsorganisationen mit Blick auf Afghanistan vor einer „beispiellosen humanitären Katastrophe“ warnen (www.migazin.de/2022/01/12/hilfe-flucht-un-milliarden-euro/)?

